

Kreistag des  
Stadtrates Bocholt  
Amtlicher Anzeiger  
des Landratsamtes,  
von Bürgermeister  
und Räten des  
Landratsamtes.  
Organ  
der Zentrumspartei

# Volksblatt

Seit 1874  
Bocholt, Nr. 6.  
Jahrgang 92 und 97.  
Herausg.: J. Heinrichs.  
Verlag: Th. Varras.  
Verlagsort:  
Dortmund 1.

Nummer 79

Montag, den 21. März

Jahrgang 1927

## Partei-politisches Leben und Streben.

Von  
Joseph Andre, M. d. R.

Auf der Zentrumsfraktion des Reichstags ruht seit Jahren in erster Linie das größte Maß politischer Verantwortung. Mit der neuen Kabinettsbildung hat diese Last nicht ab-, sondern eher noch zugenommen. Vor allem sind es schwierige finanz-, sozial- und wirtschaftspolitische Probleme, die in der nächsten Zeit einer praktischen Lösung entgegengeführt werden müssen. Deshalb war die Einberufung des Mittelstandsbeirats der Zentrumspartei ebenso zu begrüßen, wie die Tagung des Industriekreises der Partei.

Bei einem Rückblick über beide Tagungen läßt sich feststellen, daß zwar in mancherlei Einzelfragen die Meinungen oft recht weit auseinandergingen, daß aber in den großen Fragen der Außen- wie Innenpolitik sowohl, wie auch in der politischen Zielsetzung große Einmütigkeit herrschte.

Von besonderem Interesse ist auch die Feststellung der Erkenntnis, daß nicht diese oder jene Einzelfrage und deren Lösung den einzelnen Stand oder das ganze Volk vorzubringen vermag, sondern daß über den einzelnen Standesfragen die großen Fragen der Außen-, Innen- und Kulturpolitik stehen. Gelingt es, das deutsche Volk als Ganzes vorzubringen, dann ist damit auch dem einzelnen Stand am besten gedient.

Auf der Tagung des Mittelstandes spielen naturgemäß Fragen der Wohnung-, Steuer- und Sozialpolitik eine bedeutende Rolle. Die Tagung zeigte aber auch, wie innerhalb des Mittelstandes selbst die Ansichten über diese Fragen auseinandergehen. Nicht jeder Handwerker oder Kaufmann ist auch Hausbesitzer. Wer wollte sich deshalb darüber verwundern, wenn in der Frage des Abbaus der Wohnungswirtschaft keine einmütige Auffassung herrscht? Die Behandlung dieser und anderer Fragen bedurfte die beherrschende Schwierigkeiten auf; sie gab aber auch der Fraktionsführung Gelegenheit, zielweisend aufzutreten und zu zeigen, wie planmäßig und neugeordnet die Fraktionspolitik eingestellt ist.

Ähnlich gestaltete sich auch die Tagung der Zentrumsfraktion, die ebenfalls einen vollen Erfolg darstellte. So frei, offen und sachlich, klar und wahrhaftig noch nie auf einer Tagung deutscher Industrieller über die politischen, sozialen, wirtschaftlichen u. finanziellen Probleme gesprochen worden, wie es hier geschah. Dabei zeigte sich überall das Bestreben, sich gegenseitig näher zu kommen, einander zu verstehen! So gefährliche Ausdrücke über die aktuellen Fragen der Politik und Wirtschaft bedeuten ebenso eine Bereicherung des politischen Lebens, wie auch eine Stärkung der Zentrumspartei. Für die Zentrumsfraktion aber bedeuten solche offenen und zugleich freudig gehaltenen Ausdrücken eine Bereicherung und zugleich eine Genugtuung. Weiterhin haben aber auch beide Tagungen den Beweis dafür erbracht, daß die vielfältige und sachlich so gut fundierte Arbeit der Zentrumsfraktion des Reichstags in all ihren Einzelheiten noch viel zu wenig im Lande drinnen bekannt ist. Hier muß die Arbeit der örtlichen und bezirkslichen Parteileitungen eifriger sein. Vor allem muß viel mehr für die Verbreitung des politischen Jahrbuches, das von Professor Dr. Schreiber unter Mitwirkung weiterer 24 Abgeordneter der Zentrumsfraktion herausgegeben worden ist, geschehen. Das Buch ist im Volksverlagsverlag in M.-Gl.-Ad.-Verlag erschienen (Preis 6 M.); es ist tatsächlich das beste politische Buch des Jahres 1926.

Wie oft hört man die Frage: „Ich würde gern eine Rede halten oder in der Partei mitarbeiten, aber mir fehlt das Material!“ All diesen Kreisen, die guten Willens sind und die sich politisch orientieren und weiter bilden wollen, können wir daher nur raten: „Nimm und lies! Bestelle das politische Jahrbuch!“ Es ist etwas Großes um die Zentrumspartei! Sie hat dem politischen Leben im neuen Deutschland neue Wege aufgezeigt; sie ist auch der Träger der Außenpolitik, die Deutschland friedlich die Welt wieder für sich erobern läßt; sie ist der Faktor des Ausgleichs im Innern durch die schärfste Neuorganisation der sozialwirtschaftlichen Verhältnisse.

„Viel Feind, viel Ehr“, sagt eine alte Sprichworte! Es trifft auch auf die Zentrumspartei zu! Wir fürchten die Kritik nicht, weil wir wissen, daß es in Deutschland zur Zeit keine zweite Partei gibt, die auf so viel gute und sachliche Arbeit hinweisen kann, wie die deutsche Zentrumspartei und ihre politische Vertretung. Beide Tagungen schlossen in den Gedanken: Laßt uns einig werden; steht in Treue zur Partei! Dient dem Volke und Vaterland! Deutschland muß ein christlicher Volksstaat sein. Die deutsche Politik muß dem Wiederanstieg und der sozialen Verbesserung dienen. Das deutsche Volk muß die im verlorenen Kriege liegenden Ursachen der heutigen Notzeit erkennen und mit aller Kraft an deren Beseitigung arbeiten. Die Wissenschaft muß sich in den Dienst der Wirtschaft stellen; die Betriebe müssen modernisiert werden. Das Zentrum ist die Trägerin großer politischer Gedanken; es ist die Partei, welche die Voraussetzungen für eine bessere

deutsche Zukunft schaffen wird. Wir sind in den letzten sieben Jahren vorangekommen. Vertrauen wir der Zukunft. Haben wir Gottvertrauen, Vertrauen zu uns selbst und dem deutschen Volke; dann werden wir das Herbe, das uns noch bevorsteht, überwinden und unsere Jugend wird ein freies und besseres Deutschland sehen.

## Sommerferien der Parlamente?

Aus parlamentarischen Kreisen schreibt man uns: In der letzten Zeit ist wiederholt der Gedanke aufgekommen, ob es nicht möglich sei, wie in den früheren Jahren auch im Sommer wieder eine lange Pause für die Parlamentsarbeit anzusetzen, also etwa vom Mai bis in den Oktober die Arbeit überhaupt zu ruhen zu lassen. In der Tat war ja die Praxis der Parlamente so vor der Revolution sowohl im Reichstage wie in den Landesparlamenten. Es gab einen sog. Sessioonschluss, der u. a. auch die Konsequenz hatte, daß j. B. bei Wiederbeginn das Präsidium des betr. Parlamentes wiedergewählt werden mußte. Weiterhin wird diese geplante Maßnahme damit begründet, daß die Ministerien nicht zu rechter Arbeit kämen, weil der Minister und seine Räte dauernd dem Parlament Rede und Antwort stehen müßten.

Nun muß man ohne weiteres zugeben, daß natürlich den Parlamenten selbst die langen Tagungen keineswegs erwünscht sind. Im Gegenteil man bemüht sich, insbesondere mit dem beginnenden Sommer, die Arbeit so viel wie möglich abzulassen, schon aus körperlichen Gründen. Also an den Parlamenten an sich liegt es nicht, wenn die Sommer tagungen immer noch notwendig gewesen sind. Wenn manche Kreise etwa meinen sollten, daß es Sache der Parlamente sei, die Sommer tagungen abzuschaffen, so sind sie eben im Irrtum, und es ist vielleicht zur Klärung dieser Dinge ganz gut, wenn man das ausdrücklich sagt. Es darf eben nicht vergessen werden, daß der Stoffandrang ein um vieles gegen früher gesteigert ist, was ja auch bei einem Volk wie dem deutschen, das derartige Ereignisse hinter sich hat, wie wir in den letzten Jahren, kein Wunder ist.

Aber das Entscheidende ist dies, und darum ist der Vergleich mit früher ganz unangebracht, ja direkt irreführend. Wir leben in einem parlamentarisch regierten Staat und das heutige Parlament hat staatsrechtlich eben eine ganz andere Stellung als früher. Die Verrückung ist derart, daß einem eben die Vergleichsmomente absolut fehlen. Eine Depressierung des Parlamentes im demselben Umfange wie früher würde schon eine Unmöglichkeit bedeuten, und die Verfassung sieht das ja auch vor, wenigstens in Preußen in dem sog. ständigen Ausschuss, der die Rechte der Volksvertretung der Regierung gegenüber wahrnimmt.

Auch der Einwand, die Ministerien könnten nicht arbeiten, scheint uns nicht richtig zu sein. Jeder kennt das Maß von Arbeit, das in den Ministerien bewältigt wird, aber es muß gleich hinzugefügt werden, daß das Maß der Inanspruchnahme ja keineswegs überall das gleiche ist und für alle Ministerien ohne Ausnahme trafe das schon an sich nicht zu. Aber auch hier zeigt sich eben wieder, daß das Parlament schließlich Aufsichtsbehörde ist und daß auch die Ministerien in einem ganz anderen Verhältnis zum Parlament stehen als früher. Schließlich geschehen doch die Besuche der Abgeordneten in den Ministerien nicht, um dort die Arbeit zu führen, sondern sie erstreben vielmehr zu machen und dazu beizutragen, eine möglichst enge Verbindung zwischen Volk und Ministerium zu schaffen; denn das ist doch der Zweck aller Staatsorgane! Und wenn heute das Verhältnis zu den Ministerien und den Beamten der Ministerien ein wesentlich freundlicheres ist, als früher, wenn diese Behörden nicht mehr gleichsam über der Sache stehen, sondern mitten im Leben drin sind, so ist auch das ein erfreulicher Erfolg einer Arbeit, die freilich für beide Teile, Abgeordnete und Ministerialbeamte, nicht ganz angenehm ist, die aber dem Volke zu Gute kommt!

Wir halten uns für verpflichtet, das zu sagen, was keine irigen Meinungen aufkommen zu lassen; das Anders natürlich nichts an der Zweckmäßigkeit von Vorlesungen, an einer besseren Arbeit in Parlament und Ministerien zu kommen, aber ob der eben gekennzeichnete Weg der einzige und richtige ist, das beweisen wir: so einfach liegen die Dinge nicht!

## Die Kriegsgefahr an der Adria.

Italienische Machenschaften.

Schon seit Jahrzehnten ist es in dem Nordwestteil des Balkans nicht zur Ruhe gekommen. Wohl hatten die gemeinsamen Kämpfe zum Abschütteln des türkischen Joches im Jahre 1880 den Streitigkeiten zwischen dem Norden und Süden des Landes ein Ende gemacht; es dauerte aber nicht lange, bis es zwischen den Mohammedanern und Christen sowie zwischen den Serben und Montenegrinern zu neuen blutigen Kämpfen kam. Albanien wurde in der Zukunft der Zummelpunkt ausländischer Intrigen, besonders stiegen die Interessen Österreichs und Italiens hier aufeinander.

Die albanische Frage war der erste äußere Schritt auf dem Wege der Entfremdung beider Staaten und damit schließlich der Sprengung des Reiches. Auch die dem Lande von den Großmächten garantierte Selbständigkeit brachte die erwünschten Ruhe nicht. Der im Jahre 1913 zum Meret (Fürsten) berufene Prinz Wilhelm von Wied war nicht umstand, der Streitigkeiten Herr zu werden. Von Anfang an hatte er gegen ausländische Intrigen zu kämpfen, bald nach Beginn des Weltkrieges mußte er auf Veranlassung der Entente das Land verlassen. Albanien war wiederum auf sich selbst angewiesen. Noch im Herbst 1915 setzten sich die Italiener in Valona fest, wenn sie auch später vor den Österreichern den Norden des Landes wieder räumen mußten, konnten sie den Süden doch behaupten. Im Laufe der Expedition entdeckten italienische Offiziere nicht unbedeutende Erdoberflächen, deren Ausbeutung nach dem Frieden in Aussicht genommen wurde. Dieses paßte jedoch den Engländern nicht, auf Grund eines Vertrages mußten die Italiener das Land räumen, die Konzeptionen wurden zwischen beiden Staaten geteilt.

Kurze Zeit darauf, Ostern 1922, wurde Ahmed Zogu als Diktator des Landes von den Mächten anerkannt, doch wurde er im Juni 1924 von den Revolutionären unter Fan Noli, dem Gründer und ersten Bischof der selbständigen orthodoxen Kirche Albaniens, gestürzt. Mit Hilfe der Serben konnte Ahmed Zogu jedoch zu Weihnachten in das Land zurückkehren und hat sich bisher trotz verschiedener Auffstände behauptet. Allerdings hat er schon seit einiger Zeit die Beziehungen zu Belgrad aufgegeben und soll, wie seine früheren Freunde behaupten, ganz im Dienste Mussolinis stehen.

Diese bisherigen Gerüchte wurden durch den Vertrag von Tirana bestätigt, der den Italienern große Zugeständnisse einräumt, im übrigen aber eine starke Spalte gegen Jugoslawien enthält. Mit Recht werden daher die Verbände aus Mathi und Dibra, die dem Diktator zur Macht verholfen hatten, ihm Verrat vor und behaupten, daß er sein Vaterland für Geld und gegen die Aussicht auf eine Königskrone

verkauft habe. Viele mohammedanische Stammeshäuptlinge haben sich über die ferbische Grenze geflüchtet, um dort Hilfe gegen den Diktator zu suchen.

Die Aufregung im Lande ist noch durch die militärischen Vorbereitungen der Italiener gesteigert worden. In der letzten Woche sind vier Dampfer mit Munition, Proviant und Konserve aus Triest angekommen und, um unnötiges Aufsehen zu vermeiden, an einer entlegenen Stelle unweit von Durazzo ausgeladen worden. Außerdem sind ungefähr 100 italienische Offiziere in Zivilebene, falls an dem geheimen Verdräuf eingetroffen, angeblich um das Land zu verneffen.

Ueber das ganze Land ist ein großes Spionagesystem sowohl der Italiener wie der Serben verbreitet. Beide Parteien sind daher schnell über ihre Maßnahmen unterrichtet. In allen revolutionären Klubs des Landes war die Nachricht von dem Eintreffen der Dampfer schon nach wenigen Stunden bekannt; die Folge davon war, daß einzelne Stämme, besonders im Norden der Einberufung der Reservisten nicht Folge leisteten. Die Regierung war gegen diesen Ungehorsam jedoch machtlos, da sie das weitere Umschlagen des Aufstandes fürchtete, der andernfalls von Jugoslawien aus unterstützt und geleitet worden ist.

Die Lage hat sich gegen früher wesentlich verändert. Der Gegensatz zwischen Italien und England, der hauptsächlich durch die Erdoberflächen hervorgerufen war, ist längst beseitigt. Immer mehr trittutage, wie wichtig die Beziehungen zwischen Chamberlain und Mussolini waren. Es scheint wirklich, als ob England den Italienern, natürlich gegen andere Zugeständnisse, auf dem Balkan freie Hand lassen wollte. Die Erregung in Albanien ist bis zur Stille geblieben, es bedarf nur eines Funken, um die Revolution hervorzurufen. Italien ist naturgemäß sehr empört über die ferbischen Machenschaften und hat daher schon am 18. März abends die übrigen Großmächte davon in Kenntnis gesetzt, daß auf jugoslawischem Gebiet Vorbereitungen getroffen wurden, um einen Einfall in Albanien auszuführen, der die dortige Regierung stürzen soll. Mussolini weist darauf hin, daß er vor kurzem mit Ahmed Zogu einen Vertrag abgeschlossen habe und daher verpflichtet sei, die Regierung zu unterstützen und sich gegen die jugoslawische Intervention zu wenden. England und Frankreich haben sofort erklärt, daß sie Jugoslawien gegen die natürlichen Folgen eines solchen Marstiegs nicht zu schützen vermöchten, sie geben daher beide zu erkennen, daß sie mit dem Vorgehen Mussolinis einverstanden sind.

Wie weit die Gerüchte von einem Verstand Jugoslawiens der Wahrheit entsprechen, läßt sich nicht feststellen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie Mussolini nur benutzt, um den von ihm schon lange geplanten Vorstoß gegen Albanien endlich auszuführen und tat-

sächlich das Protektorat über den Staat zu übernehmen. Die meisten Albaner wollen jedoch hiervon nichts wissen. Ihnen ist wohl die Freundschaft Italiens erwünschter als die Jugoslawiens, da ihnen Mussolini einen weit besseren Schutz gewähren kann als die Regierung in Belgrad. Im übrigen aber gehört Albanien zu den Ländern, denen die Freiheit über alles geht. Für die meisten Stämme, welche die jetzige Lage nach dem Standpunkt ihrer Heimat beurteilen heißt es „Albanien den Albanern“.

## Eine Mitteilung der italienischen Regierung in Berlin.

Berlin, 19. März. Zu den Pressemitteilungen über Schritte der italienischen Regierung im Zusammenhang mit der Frage auf dem Balkan erfahren wir von unterrichteter Seite, daß ein solcher Schritt der italienischen Regierung heute auch bei der deutschen Regierung erfolgt ist. Die italienische Regierung hat dabei darauf hingewiesen, daß nach ihren Beobachtungen in Jugoslawien starke militärische Vorbereitungen mit Bezug auf Albanien getroffen würden. Die italienische Regierung beschuldigt nicht, heraus mit militärischen Gegenmaßnahmen zu antworten. Sie werde aber der deutschen Regierung ebenso wie den übrigen am Balkan interessierten Mächten zu Entlastung der im Zusammenhang mit diesen Rüstungen gegen Italien eingeleiteten Campaignen, alsbald ausführliches Material vorlegen, das die tatsächliche Lage aufkläre.

## Das Belgrader Material.

Rom, 19. März. „Giornale d'Italia“ teilt die Veröffentlichung seines Belgrader Materials mit. Das Blatt sagt: So wie die jugoslawische Regierung die Unterzeichnung des Vertrages von Tirana erzwang, beruhte sie mittels einer diplomatischen Aktion, eine Front gegen Italien zu bilden. Dieser Versuch hatte sehr wenig Erfolg. Großbritannien lehnte die jugoslawische Auslegung ab und gab Belgrad zu verstehen, es solle auf jede Angriffsbahn verzichten. Rumänien zeigte sich Italien gegenüber ablehnend. Die Italiener riefen zur Vorsicht. Die Türkei verhielt sich gleichgültig. Belgrad nahm entschieden Partei gegen die Politik Belgrads, Ungarn zeigte sich gleichgültig, um nicht zu sagen feindselig. Deutschland fuhr fort sich um den Balkan nicht zu kümmern. Rußland wollte nicht die Gelegenheit benutzen, um sich in eine mögliche politische Auseinandersetzung zwischen Jugoslawien und Italien einzumischen. Frankreich rief zuerst zur Abhaltung, andere französische politische Elemente verhielten sich jedoch nicht, Jugoslawien bei seiner Heftigkeit gegen Italien und Albanien zu unterstützen. Dieser jugoslawischen antitalienischen Tätigkeit hat sich nun eine fräftige Aktion der sozialdemokratischen internationalen Freimaurerei angeschlossen, die jetzt in Jugoslawien energisch vorgeht, da sie glaubt, dort Kriegsmittel gegen den Faschismus zu finden. Die militärischen ferbischen Geheimgesellschaften, deren mächtigste die sogenannte „Weiße Hand“ ist, stehen mit der Freimaurerei in Verbindung, die letzten September einen großen Kongress in Belgrad abhielt. Die „Weiße Hand“ ist eine militärische Organisation der der Generalfeld und fast alle Generale ferbischer Nationalität angehören. Sie vertritt das Zentrum und stützt die Dynastie. Die bekanntesten Ziele des Zentrums sind die Befreiung Nordalbaniens und Saloniks. Die Unterwerfung Bulgariens und anderer Balkanländer, die Unterwerfung Mazedoniens, die Vorherrschschaft Serbiens in ganz Jugoslawien und auf dem Balkan. Die „Weiße Hand“, obwohl von chauvinistischer Gesinnung, lehnt jedoch nicht, kommunistisch und bolschewistische Elemente zu ihren Zwecken zu benutzen. Sie meint, daß der Bolschewismus zu Zwecken der äußeren Politik verwendet werden kann. Major Papawitsch, einer der rühmlichsten Anführer der „Weißen Hand“, war vor kurzem in Wien und traf dort mit Vertrauensleuten der russischen Botschaft. Der Korrespondent des „Giornale d'Italia“ sagt zum Schluß, daß der jugoslawische Generalfeld einen Aufstand an der albanischen Grenze entfachen möchte, der Ahmed Zogu und die italienischen albanischen Regierung stürzen und in Albanien einen Zustand der Unsicherheit herbeiführen würde, der ein jugoslawisches Vorgehen rechtfertigen würde. Dies erklärt die militärischen Vorbereitungen, die nach Albanien zielen und die bedeuten, allen durch albanische Wirren hervorgerufenen Eventualitäten zu begegnen.

## Die Auffassung in Belgrad.

Belgrad, 19. März. Die sensationelle Veröffentlichung des „Giornale d'Italia“ über angebliche Rüstungen Jugoslawiens gegen Albanien und Italien hat in der hiesigen Öffentlichkeit eine Empörung hervorgerufen, der zufolge eine vollständige Verdrängung der tatsächlichen Situation bedeutet. In politischen Kreisen ist man der Überzeugung, daß es sich um italienische Intriguen handelt, die dazu bestimmt seien, Jugoslawien in der öffentlichen Meinung Europas zu diskreditieren. Insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Pariser Reise König Alexanders.

## Die Lage an der jugoslawisch-albanischen Grenze.

Rom, 20. März. „Giornale d'Italia“ meldet aus Tirana: Die albanische Regierung trifft im Hinblick auf die vorbereiteten jugoslawischen Schritte

patrechten über die